



Zukunft der GAP umstritten

Europaabgeordneter Dr. Markus Pieper zu Gast beim WLW-Vorstand / Kreisvorsitzende diskutieren Öffentlichkeitsarbeit und Verbandsklagerecht

Die Krisen in Nordafrika und Japan und die Anstrengungen zur Rettung des Euro beherrschen aktuell die Schlagzeilen. Dennoch bleibt die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 ein wichtiger Schwerpunkt der politischen Beratungen auf Brüsseler Ebene. Dies bestätigte der Münsterländer Europaabgeordnete Dr. Markus Pieper (CDU) mit einem „Werkstattbericht“ vor dem Vorstand des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLW) in der vergangenen Woche. Pieper unterstützte die Forderungen des Berufsstandes nach einer weiterhin starken europäischen Agrarpolitik, wies jedoch auf die sehr unterschiedlichen Interessenlagen der 27 Mitgliedstaaten hin. Insgesamt seien auch im Parlament sehr schwierige und langwierige Verhandlungen zu erwarten.

Kritik an Düsseldorf

Deutliche Kritik übte der Abgeordnete am Auftreten des Landes NRW in Brüssel, das dort mit eigenen Veranstaltungen die Positionen der Bundesregierung untergrabe. Pieper,



Franz-Josef Möllers (links) und Dr. Markus Pieper

Foto: Jacobs

per, in der laufenden Legislaturperiode stellvertretender Vorsitzender des Regionalausschusses des Europäischen Parlaments (EP), sprach sich vehement dafür aus, Europa in den Bereichen stark zu machen, wo es notwendig sei, zum Beispiel in der Außen- und Sicherheitspolitik, sich aber ansonsten in Zurückhaltung zu üben. Themen, wie der Schutz der Böden, könnten wesentlich besser auf der Ebene der Mitgliedstaaten geregelt wer-

den. Er werde sich daher weiterhin gegen Bestrebungen wenden, diesen Bereich auf EU-Ebene zu regeln. Wichtiger sei es vielmehr, die Instrumente der ländlichen Entwicklung und Strukturförderung besser zu koordinieren.

Unter einem weiteren Tagesordnungspunkt beschlossen die Kreisverbandsvorsitzenden neue Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. So wird die berufsständische Kampagne zur Fortführung der EU-Direktzahlungen weitergeführt. In den nächsten Monaten will der WLW unter dem Motto „Unsere Leistung ist Ihr Geld wert“ mit Großplakaten für die Landwirtschaft werben. Ergänzt werden diese, über den Deutschen Bauernverband koordinierten, Aktivitäten durch eine Initiative des WLW, die sich gezielt den Themen Tierschutz und landwirtschaftliche Nutztierhaltung widmen

wird. Inhalte und Formate dieser Initiative werden in den nächsten Wochen durch WLW-Gremien erarbeitet und abgestimmt.

Gegen Verbandsklage

Kritisch äußerten sich die Kreisverbandsvorsitzenden zu den Plänen der Landesregierung, das sogenannte „Verbandsklagerecht“ und weitere Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine in NRW einzuführen. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf will Landwirtschaftsminister Rimmel künftig erlauben, dass anerkannte rechtsfähige Vereine bei tierschutzrelevanten Fragen Einsprüche einlegen können, selbst wenn sie gar keine Verletzung eigener Rechte geltend machen können. Zudem sollen Vereine umfassende Mitwirkungs- und Informationsrechte erhalten, darunter das Recht auf Einsichtnahme in Gutachten von Sachverständigen. Die Kreisverbandsvorsitzenden werteten die Initiative der Landesregierung als gezielte Attacke gegen landwirtschaftliche Stallbauten und befürchteten bei Verabschiedung des Gesetzes heftige Auseinandersetzungen insbesondere um bau- und immissionsrechtliche Genehmigungen. Sie äußerten zugleich Zweifel an der Gesetzesvorlage, denn es sei höchst umstritten, ob ein Bundesland verfassungsrechtlich die Kompetenz habe, eigene Vorschriften zur gerichtlichen Überprüfbarkeit des Tierschutzrechts einzuführen.

Hans-Heinrich Berghorn, WLW